

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden.
Benzreicher-Sammelnummer: 25241.
Ruf für Nachgelese: 20011.

Bewegungs-Gebühre vierzig Pfennige in Dresden bei zweimaliger Ausgabe an Sonn- und Montagen nur einschließlich 2,25 M., in den Sonntagen 2,50 M. Bei einmaliger Ausgabe durch die Post 2,50 M. (ohne Beigefüllte).
Anzeigen-Pausche. Die einzelne Seite (etwa 8 Seiten) 25 Pf. Viergeschäfts- und Anzeigen in Nummern nach unten aus Gedenken laut Tarif. — Auswärts-Anzeige nur gegen Veranlagung. — Beigefüllt 10 Pf.

Schreinigung und Hauptgeschäftsstelle.
Marienstraße 38-40.
Druck u. Verlag von Liepisch & Reichardt in Dresden.

Achtung nur mit bestlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gültig. — Unserstellige Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Neue englische Angriffe südwestlich Lens

Wieder 26000 Tonnen in den nördlichen Sperrgebieten versenkt. — 19000 Tonnen von einem U-Boot an zwei Tagen im Mittelmeer vernichtet. — Die Schweizer Vermittlungsversuche. — Die Friedensfrage in Russland. — Die österreichische Kabinettsskrise.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Grobes Hauptquartier, 20. Juni.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Zwischen Ypern und Lys nahm besonders am Abend des Artilleriekampf in einzelnen Abschnitten große Heftigkeit an.

Auch vom Vauban-Kanal bis zur Scarpe war zeitweilig die Feuerstätigkeit lebhaft.

Südwestlich von Ypern griffen die Engländer auf dem Nordufer des Souchez-Baches an. Auf den Klängeln wurden sie abgewiesen. In der Mitte gelang ihnen ein Eindruck in unsere vorderen Gräben. Durch kräftigen Gegenstoß wurde verhindert, daß schnell nachgezogene englische Kräfte ihren Erfolg erweiterten.

Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von Saint Quentin kam es zu Zusammenstößen unserer Posten mit englischen Streitabteilungen, die in unserer Feuerweichen mußten.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz

Zwangs der Aisne nur stellenweise auslebendes Geschützfeuer.

In der westlichen Champagne wurde durch kräftigen Gegenangriff eines nördlichen Regiments der größte Teil des Geländes zurückgewonnen, das am 18. Juni südwestlich des Hochberges an die Franzosen verloren gegangen war.

An den übrigen Fronten hat sich bei der gewöhnlichen Grabenkampftätigkeit nichts Besonderes ereignet.

Der Erste Generalquartiermeister: (W. T. B.) Ludendorff.

Amtlicher deutscher Admiralstabsericht.

Berlin, 19. Juni. (Amtlich.)

1. Durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote sind in den ägyptischen Sperrgebieten neuerdings 26 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet worden.

2. Eins unserer im Mittelmeer operierenden Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant zur See Klatt, versenkte am 18. Juni nachts, südlich der Straße von Messina, einen unbekannten bewaffneten Dampfer von 4000 Tonnen und griff am 15. Juni nachts in derselben Gegend zwei stark gesicherte feindliche Geleitzüge an. In einem Zeitraum von 1½ Stunden wurden aus dem einen Geleitzug, der aus drei Dampfern bestand, die beiden arbeiteten von 6000 und 4000 Tonnen und aus dem anderen von zwei Dampfern der größere von 5000 Tonnen abgeschossen. Alle versunkenen Schiffe waren außerkontakt tief beladen.

(W. T. B.) Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Das Mai-Ergebnis des Unterseekrieges.

Noch amtlicher deutscher Bericht wurden im Mai, wie bereits dem größten Teile unserer Presse im Morgenblatt mitgeteilt werden konnte, insgesamt 869 000 Brutto-Register-Tonnen Handelsfahrtsraum durch kriegerische Waffenmacht der Mittelmächte verlust. Seit Beginn des uneingeschränkten Unterseeboot-Krieges sind insgesamt 3 655 000 Brutto-Register-Tonnen verloren worden.

Das Mai-Ergebnis zeigt, was es mit der englischen Behauptung, die deutsche Unterseeboot-Gefahr sei durch wirksame Abwehrmittel so gut wie beschworen, in Wirklichkeit auf sich hat. Durch die in den ersten drei Monaten des uneingeschränkten Unterseeboot-Krieges erfolgten Verlusten waren nicht weniger als 2 786 000 Brutto-Register-Tonnen Schiffstonnage dem Seeverkehr für die kriegerischen und Handelsmächte der Entente entzogen. Trotz jener außerordentlichen Verringerung der für die Entente verwendbaren Weltfahrtstonnage übertrifft das Mai-Ergebnis dasjenige des Februar um über 80 000 Tonnen und erreicht fast dasjenige des Monats März mit seinen 885 000 Tonnen. Von erfolgreichen Gegenmaßregeln kann also gar keine Rede sein. Dabei nimmt die deutsche Unterseeboot-Gefahr ständig an Umfang zu, und ihre Verluste bleiben gleichmäßig achtungswürdig im Verhältnis zu ihren Leistungen und zu der Zahl ihrer Schiffe.

Weitere Bekanntungen.

Nach dem "Maasbode" sind die Schiffe "Sirius" (1000 Br.-Reg.-T.) und "Hermes" (500 Br.-Reg.-T.) aus Helsingfors, als verloren zu betrachten. Werner meldet "Maasbode" fünf englische, vier französische Fahrzeuge, sowie vier skandinavische Schiffe als verloren. (W. T. B.)

Der Dampfer "Anjou", der den Auftrag hatte, treibende Minen am Gascogne-Golf zu zerstören, ist am 17. Juni auf eine dieser Minen gelaufen und gesunken. Sieben Mann wurden durch eine Explosion in der Maschine getötet. (W. T. B.)

Der englische Botschaffter in Paris, Bertie, hat angeblich seine Entlassung seit Wochenfrist eingereicht. Als erster Kandidat wird Asquith genannt. (W. T. B.)

Ein Miserjolde Lloyd Georges.

Der. Man schreibt der "Deutschen Orient-Korrespondenz": Der englische Premierminister hat einen neuen Beweis für das Einflusses seines Einflusses erhalten, und zwar von einer Seite, die ihm ganz besonders unangenehm ist: Lloyd Georges gesamte politische Tätigkeit war von jeher darauf gerichtet, die Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament der liberalen Partei anzufordern, weil die leichtere aus eigener Kraft eine leise Mehrheit im Unterhaus nicht mehr erzielen konnte. In besonderem Grade ist er seit seiner Berufung zum Premierminister bemüht gewesen, möglichst enge Beziehungen zu den Arbeiterschichten zu halten, weil die wiederholten Arbeitsinschätzungen während des Krieges den Beweis geliefert hatten, daß die Politik der Arbeiterschaft durchaus nicht geneigt war, die Politik der Regierung zu unterstützen.

Neuerdings tritt nun ein radikaler Flügel der organisierten Arbeiterschaft immer mehr in den Vordergrund, und es scheint zu einer rückhaltlosen Opposition gegen die Politik des Kabinetts entschlossen zu sein. An der Spitze dieser radikalen Partei steht der Vorsitzender der größten und einflußreichsten Arbeiterorganisation Englands, des Bergarbeiterverbandes, Smillie, ein Mann von unbewegtem Willen, der bereits bei der letzten großen Arbeitsinschätzung der Rüstungsindustrie seinen starken Einfluß auf die Arbeiterschaft bewiesen hat. Nach dem Grundsatz, daß man die größten Schreiter ins Rathaus beruft, glaubte Lloyd George sich den Einfluß dieses Arbeitersführers dadurch sichern zu können, daß er ihm das Amt des Arbeitsministers, von dem Lord Devonport zurückgetreten ist, anbot. Er glaubte, Smillie würde die Ehre im Kabinett Lloyd Georges einen Ministerposten zu bekleiden, so doch einräumen, daß er dafür seine Geholgschaft unter den organisierten Arbeitern der Politik des Premierministers zur Verfügung zu stellen bereit sein würde. Aber diese Rechnung erwies sich als ein großer Fehlzug. Smillie lehnte das ihm angebotene Amt mit aller Entschiedenheit ab, weil er unter keinen Umständen die gegenwärtige Regierung zu unterstützen beabsichtigte.

Dieser Vorgang erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß Smillie auch den Vorfall auf der großen Versammlung in Leeds führte, die sich als die "größte und umfassendste Vereinigung von Arbeiter-, Sozialisten- und demokratischen Abgeordneten, die jemals in Großbritannien in der gegenwärtigen Generation erreicht wurde", bezeichnete. Auf dieser Versammlung erklärte der Mann, den Lloyd George für sein Ministerium eingesungen wollte, es bestände keine Aussicht mehr, Deutschland niederringen, ein Friede könne deshalb nur auf dem Wege von Verhandlungen kommen. Und deshalb sei es ein Verbrechen, noch einige Millionen Menschen dem Kriege zu opfern. England könne den Frieden haben, wenn es ebenso wie das russische Volk offen erkläre, daß es dazu bereit sei. Die englische Presse hat sich bemüht, die Bedeutung dieser Friedenskundgebung möglichst abzuschwächen. Man hat sie als das Werk eines kleinen Kreises von Sozialisten hingestellt und verachtet, was aber durchaus nicht trifft, da hinter der Friedensbewegung tatsächlich auch andere Kreise stehen. Einzelne Redner übten die scharfe Kritik an der Deutschen, mit der die Regierung ihre Annexionsbemühungen zu bekräftigen suchte. Der Auspruch von Asquith, die Besitzergreifung der deutschen Kolonien wäre eine göttliche Mission des britischen Volkes, wurde mit Donnerklöppeln und Entrüstung aufgerufen. Wäre diese gegen den Kriegserklärer Kundgebung so bedeutungslos gewesen, wie man in England gern erschließen lassen möchte, dann hätte sich Lloyd George wohl gebürtet, ihrem Einberufer und Leiter ein hohes Regierungskabinett anzubieten. Tats. er ist aber, beweist, daß der englischen Regierung der wachsende Widerstand gegen den Krieg unbedeckt zu werden beginnt.

Amerika bei der englischen Vitanai betreibt Belgien nach. Der "Vor-Ana" berichtet aus dem Haag: Wie das Reuter-Büro aus Washington meldet, habe Wilson einer belgischen Abordnung gegenüber erklärt, Amerika werde die Waffen nicht eher aus der Hand legen, bis Belgien seinen alten Platz in der Reihe der Nationen wieder eingenommen hat.

Amerika will Militäraufbau werden.

Der Zürcher "Tagesanzeiger" meldet in einem Telegramm aus New York: Generalsmajor General Edward erklärte, das Militärausbildungsgesetz sei nur der Vorläufer der allgemeinen Wehrpflicht in Amerika. Auch die "Morgenpost" meldet aus New York Erklärungen der leitenden Staatsmänner, wonach Amerika jetzt in die Reihe der großen Militärmächte eintreten werde.

Die amerikanische Flotte.

Der "Petit Parisien" berichtet aus Rio de Janeiro, daß in Bahia eingerottete Geschwader der Vereinigten Staaten beobachtet. Bahia zum Stützpunkt für die Operationen im Atlantischen Ozean zu machen. Der Außenminister hat den Segen ausdrücklich um Gewährung

eines Kredits von 100 Millionen Franken erlangt. (W. T. B.)

Die Lage in China.

(Haarmeldung.) Der Präsident ordnete die Auflösung des Parlaments an, aber Württemberg, der einzige Premierminister, weigerte sich, den Erlass gegenzuzeichnen, indem er erklärte, das Vorgehen des Präsidenten eine Verfassungsverletzung dar. Vitzthum, der zum Premierminister ernannt war, es aber ablehnte, dieses Amt anzutreten, verweigerte ebenfalls die Unterschrift. Württemberg reichte seine Entlassung ein. (W. T. B.)

Zu den Schweizer Vermittlungsversuchen.

be. Über die militärische Lage an der Ostfront wird des Korrespondenten "Herr und Politik" auf Grund der Veröffentlichung des Schweizer Deutschenwochens geschrieben: Die Mitteilung, die in dem von unbekannter Seite verschickten Telegramm der amtierenden Belastung in Petersburg gemacht wird, bedeutet die militärische Lage im Osten klar. Man kann daraus erkennen, daß Deutschland die verwiderten politischen Zustände in Russland sich in seiner Weise zunehmen will, um auf Grund der augenblicklich in Russland herrschenden Verwirrung durch eine offensive militärische Vorteile zu erzielen. Man kann zum Vergleich überlegen, wie England und Frankreich in einer ähnlichen Lage gegen einen Feind verhalten würden, dann erkennt man, wie selbstlos Deutschland seinem alten Nachbar gegenüber handelt, um die Beendigung des zweiten Weltkriegs zu beitreten. Sieben der Schweizer, die sich in diesen deutschen Vorwürfen aufdrängt, kann man darin auch zugleich einen Beweis dafür sehen, daß Deutschland nicht im entferntesten das anstrebt. Sich in die inneren Verhältnisse und den Krieg Russlands einzumischen und den Russen die errungene Freiheit zu rauben. Die feindlichen Blätter, die derartiges unangemessen behaupten, oder früher behaupteten, wissen, daß sie bemüht die Unwahrheit sprechen. Während Deutschland auf der einen Seite sich in jeder Beziehung militärisch und entschlossen verbürtet, hat die Entente den verbündeten Russland gegenüber sofort ein sehr seltanes Vertragen zu Schau gebracht, als sie fürchtete, daß Russland nicht mehr daran denkt, für die imperialistischen Kriegszüge Frankreichs und Englands seine Soldaten zu opfern. Nachdem von dem bemerkenswerten englischen Auszug nach Archangelsk, haben die Sovjets es über sich gewinnen können, bereits jetzt Russland mit einem feindlichen Vorgehen zu drohen, falls Russland nicht genug sein sollte. Beide Kreise in Russland merken bereits, wie aus der russischen Presse hervorgeht, daß der Feind Russlands nicht in Deutschland, sondern in Japan zu erblicken sei. Ganz ähnlich hat Japan wieder Russland gegenüber erklärt, daß es gern bestellt sei, im Innern des Landes der russischen Regierung zur Aufrichtung geführter und geordneter Zustände beihilflich zu sein, um nachher das russische Heer wieder zu einer Offensive geeignet zu machen. Jeder klarblicke Leute weiß, daß Japan als Beauftragter der Entente mit diesem "wohlwollenden" Vorschlag nichts weiter im Sinne hat, als daß die Macht Russlands zu beseitigen, um dann Russland zum gefügigen Werkzeug der Entente machen zu können. Selbstverständlich ist es, daß Japan sich dafür größere Vorteile in Russland als Belohnung für die Voraussetzung nehmen würde, in der Hoffnung, daß Russland zu gehorchen sei, um sich darüber Ansprüche zu widerersetzen. In Russland gibt es aber eine Reihe schwerblickender Verhältnisse, die diesem Intrigenspiel klar erkennen.

Der Rücktritt des Schweizer Bundesrats Hoffmann.

Die Schweizerische Deutschen-Agentur meldet: Anfolge der durch den diplomatischen Zwischenfall geschaffenen Lage stand in Bern eine Befreiung zwischen dem Bundesrat und den Präsidenten der Rote und den Fraktionspräsidenten statt. Der Präsident der Sitzung des Nationalrats verzögerte sich infolgedessen. Am Mat. herrschte schlichte Erregung. Präsident Bueler eröffnete die Sitzung und verlor ein Schreiben des Chefs des politischen Departements Bundesrats Hoffmann an den Nationalrat, in dem er in Folge der unbefugten Veröffentlichung einer offiziellen Deutschen, die er durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in Petersburg auf den dort ansässigen Nationalrat Grimm richtete und in welcher er seine Aussicht über die Friedensbedingungen der Zentralmächte gegenüber Russland und insbesondere auf die übrigen Mächte auszuspielen beabsichtigte, seine Demission als Mitglied des Bundesrats gab. — Nach Verlehung des Rücktrittsbriefes gab der Bundespräsident Schultheiss eine Erklärung ab, durch die der Bundesrat die Erklärung des Herrn Hoffmann in allen Teilen bestätigt und dem Scheitern im Namen des Landes für das Werk, das er dem Lande geleistet habe, dankt. Nach einer Ansprache des Präsidenten Bueler, in der dieser dem schweizerischen Gesetz beim Austritt des geschäftigen Valters des politischen Departements Ausdruck gab, beschloß der Rat mit überwältigender Mehrheit, in eine Befreiung nicht einzutreten. (W. T. B.)

Ein Schweizer Nachrat für Hoffmann.

b. Man telegraphiert der "Neuen Zürcher Zeitung" aus Bern: An dem Tage, da Tausende im Schweizer Polizeidienst des Herzens des schwärmenden Geburtsstages des Bundesrats Hoffmann gedachten, verließ die Schweiz ihren durch Weit und Arbeit gleich hervorragenden Staatsmann. In einem schicksalhaften Augenblick verließ er den Bundesrat, in dem er seit 2½ Jahren das politische Departement leitete und durchaus für das Vaterland in Arbeit sich verachtete. Nicht als ein Wunder, daß die